

## Links informiert

**3** Nach Redaktionsschluss:  
Parteiprogramm beschlossen

## Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz

**6-9** 15 Jahre Sterncenter/  
Kitas, Schulen und Gartenstadt

## Links im Land

**11** Klinik-Sanierung/Verbraucherschutz  
zu Patientenrechten

## Endlich – barrierefreie Wohnungen

Das jahrelange zähe Bemühen der LINKEN hat sich gelohnt. Lange haben die Anwohner des Keplerplatzes auf den Abriss der alten MiniMal-Kaufhalle (kl. Foto) und eine neue Bebauung der Brachfläche gewartet. Nun endlich herrscht seit einigen Wochen reges Treiben auf der Baustelle neben dem Kindertreff Am Stern. Barrierefreie Wohnungen entstehen,

auf die viele Stern-Bewohner bereits warten. Zahlreiche Anfragen haben das Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Dr. Scharfenberg dazu erreicht. Ende Oktober 2011 sollen Exposé der Wohnungen erhältlich sein. Vielleicht ist bis dahin auch ein Baustellenschild aufgestellt, damit die Anwohner sich selbst ein Bild vom entstehenden Wohngebäude machen können.

### Es geht voran auf dem Keplerplatz

Der Keplerplatz, das Wohngebietszentrum für den Stern, hat schon eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Zur Erinnerung: Mit dem Verfall der ehemaligen Wohngebietsgaststätte „Orion“ verlor in den neunziger Jahren ein markantes Gebäude seine ursprüngliche Funktion. Nach langen Auseinandersetzungen fand sich mit REWE ein Investor, der nach dem Abriss eine neue, attraktive Kaufhalle errichtete. Im Gegenzug entstand mit der alten, funktionslos gewordenen Kaufhalle ein neues Ärgernis. Es bedurfte langer Anstrengungen um auch dafür eine Lösung zu finden. Auch hierbei musste die Verwaltung regelrecht zum Jagen getragen werden.

Immer wieder haben Bürger, Bürgerinitiative und DIE LINKE mit manchem Antrag oder mancher Anfrage nachgedrängt und zum Schluss ist der angeblich fehlende Investor noch vermittelt worden. Jetzt ist die alte Kaufhalle endlich verschwunden und an dieser Stelle herrscht rege Bautätigkeit. Hier entstehen altersgerechte Wohnungen,



ein interessantes Angebot für manche älteren Sternbewohner, die sich noch mal verändern, aber gern am Stern bleiben wollen.

Bewegung gibt es auch bei den Flachgebäuden auf dem Keplerplatz. Die Sparkasse und der Friseursalon, sind in den schick sanierten Flachbau gezogen. Wer vermutete, dass jetzt die zum Teil leer gezogene Ladenzeile auf der anderen Seite verfallen würde, wird eines Besseren

belehrt. Herr Hoier-Schönbeck, der nach der Sanierung des anderen Gebäudes auch dieses erworben hat, will bereits im nächsten Jahr den unsanierten Bau modernisieren. Zugleich will er so schnell wie möglich die hässlichen und nicht mehr gebrauchten Schuppen am Rande des Parkplatzes hinter der Sparkasse beseitigen und an dieser Stelle einen kleinen Neubau für weitere Geschäfte errichten. Die Stadtverwal-

tung hatte erst ablehnend reagiert, allerdings ohne nachvollziehbare Argumente. Mit Anfragen in der Stadtverordnetenversammlung und einem Vor-Ort-Termin hat sich Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg mit Erfolg für dieses Vorhaben eingesetzt. Zur Zeit laufen die Verkaufsverhandlungen zwischen der Verwaltung und dem Investor, und wenn alles klappt ist der Keplerplatz Ende nächsten Jahres schöner denn je.

### Auf ein Wort...



### Jein – nach zwanzig Jahren

Von Katja Dahme, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE.Brandenburg

Wir jungen Menschen werden immer wieder gefragt, ob wir noch was mitbekommen würden von der Teilung Ost und West nach 20 Jahren Deutscher Einheit. Die Antwort lautet eindeutig: Jein! Eigentlich spielt das keine Rolle mehr, wenn man mit Kommilitonen aus Ost und West studiert und sich die WG teilt und selbst der Partner einen unverständlichen Dialekt spricht. Und doch hört man regelmäßig Ossi- oder Wessi-Witze und existieren viele Vorurteile nach wie vor. Kein Wunder, denn die ungleiche Behandlung ist Realität. Das Beispiel der für einen Job abgelehnten Bewerberin zeigt es, auf deren Bewerbung „minus: Ossi“ stand und die unterschiedlichen Löhne in Ost und West beweisen es. Und dass ich im Zweifelsfall für die ostdeutschen Fußballclubs die Damen drücke, wird auch kein Zufall sein. Vom Regen in die Traufe, meinen so manche mit Blick auf die deutsche Einheit. Ich nicht, ich will kein Zurück, auch wenn manche heute mehr Angst vor der Zukunft haben müssen, als sie es in der DDR hatten. Doch die individuelle Freiheit eines Jeden ist keine Kleinigkeit und ist nach wie vor umkämpft. Ohne soziale Sicherheit kann man die individuelle Freiheit knicken. Beides muss endlich her, 20 Jahre nach der Deutschen Einheit.

## Gleichheit und Freiheit im Netz

DIE LINKE.Potsdam setzte sich auf dem Bundesparteitag in Erfurt u. a. dafür ein, dass das Thema der Gleichheit und Freiheit im Internet im Grundsatzprogramm der LINKEN verankert wird.

Schnelle Internetverbindungen sind Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe - soziale Netzwerke und Onlineshopping boomen, notwendige Formulare lassen sich unkompliziert aus dem Netz herunterladen und die Jobsuche findet zunehmend online statt. In

den Netzwerken der digitalen Informationsproduktion und Kommunikation sind weltweit dezentrale Wissensbestände abrufbar, Zugangsmöglichkeiten zum kulturellen Gedächtnis demokratisiert und neue Formen von Öffentlichkeit geschaffen.

Der Zugang zur Wissensproduktion, die Entscheidungsmacht über Auswahl und Einsatz von Informationen bestimmen darüber, von wem und wie die Netzwerke digitaler Kommunikation künftig be-

herrscht werden. Der Zugang zu Kommunikation und Information und die Möglichkeiten zum Erwerb digitaler Kulturtechniken bilden die Grundlage für Demokratie, Pluralismus und Meinungsbildung im Internet. DIE LINKE fordert, die Infrastruktur für ein schnelles Internet als digitale Grundversorgung für alle bereitzustellen. Wir wollen die Freiheit des Wissens in der digitalen Welt verteidigen und ausbauen. Das System der offenen Informationsbereitstellung stößt

zunehmend auf den Widerstand von Kontroll- und Geschäftsinteressen. Es soll weitreichenden Beschränkungen unterworfen werden. Privatwirtschaftliche Oligopole und staatliche Überwachungsinteressen bedrohen die dezentrale Struktur des Internets und damit die Gleichheit und Freiheit im Netz.

DIE LINKE tritt für die Vielfalt der Netze ein. Wir lehnen Netzsperrungen sowie das Durchleuchten und Filtern von Inhalten ab. Informationen müssen grundsätzlich frei sein. Mit der digitalen Tech-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Zu einer Mitgliederversammlung hatte am 11. Oktober der Ortsverband Potsdam-West in die Cafeteria der Sport- schule an der Zeppelinstraße eingeladen. Im Bericht des Ortsver- bandsvorstandes sowie in der anschließenden Diskussion suchten die GenossInnen u. a. Antworten auf solche Fragen wie: Hat die Exis- tenz des Ortsverbandes das Wirken unserer Partei in Potsdam-West positiv beeinflusst? Wie nehmen die Mitglieder und Sympathisanten das wahr? Welche Probleme des Stadtteils müssten in nächster Zeit aufgegriffen werden?

Wie DIE LINKE in Potsdam-West wirkt, konnte z. B. bei der Oberbür- germeisterwahl im Herbst vorigen Jahres erkannt werden. In der Ha- eckelstraße, in der Stormstraße und Auf dem Kiewitt erreichten wir die meisten Stimmen aller Parteien. Die nicht so erfolgreichen Ergeb- nisse in der Brandenburger Vorstadt sind nicht zuletzt auf eine verän- derte Einwohnerstruktur zurück- zuführen. Bewährt hat sich, dass wir bei dem von uns organisierten Einwohnerforum im August 2010 nicht nur den Vertreter unserer Partei, sondern auch die Kandidaten der CDU, der FDP, und der Wähler- gruppe Die Andere kennenlernen konnten.

### Verkehrsfragen in und um Potsdam-West

Im April 2011 ist es uns gelungen, mit einer öffentlichen Mitgliederver- sammlung ein für die Einwohner des Stadtteils brennendes Problem aufzugreifen und auch Nichtmit- glieder für die Teilnahme zu inter- essieren. Ursprünglich wollten wir zu den schwierigen Fragen des Ver- kehrs in und um Potsdam-West

## Gute Erfahrungen weiter entwickeln

Bilanziert: Arbeit des Ortsverbandes Potsdam-West von Mai 2010 bis September 2011

den verantwortlichen Beigeordne- ten der Stadt Herrn Klipp als Refe- renten gewinnen. Nachdem er uns mitteilte, dass weder er noch ein anderer Vertreter seines Bereiches an unserer Veranstaltung teilneh- men könnten, sprang unser Abge- ordneter Ralf Jäkel ein, um wichtige Fragen kompetent zu beantworten. Da vor allem der unhaltbare Zu- stand des Bahnhofes Charlottenhof und die Entlastung des Wohnge- bietes durch Reduzierung des Durchgangsverkehrs auf der Ze- ppeleinstraße (B1) mittels eines dritten Havelübergangs weiter der Lösung harren, haben wir uns im Mai an unsere Stadtfraktion gewandt und über unser Anliegen den Kreisvor- stand und unsere Landtagsfraktion informiert. Aus der Antwort des Vorsitzenden der LINKEN-Stadt- fraktion geht hervor, dass unsere

Abgeordneten in der Stadt und im Landtag mit langem Atem weiter für die Lösung des schwierigen Problems eines dritten Havelüber- gangs eintreten werden. Im nächs- ten Jahr soll dazu eine öffentliche Veranstaltung stattfinden.

Eine Form der Öffentlichkeitsar- beit waren in der Vergangenheit Infostände. In der letzten Zeit, auch vor der Oberbürgermeisterwahl, sahen sich jedoch von den älteren Mitgliedern nur noch sehr wenige in der Lage, daran teilzunehmen. Bei einer Beratung mit dem Kreis- vorstand im Juni wurde bereits dazu aufgefordert, über andere, wirksamere Formen der Öffentlich- keitsarbeit nachzudenken. Was nicht heißt, dass Infostände generell abzulehnen sind. Die Schlussfol- gerung lautet jedenfalls: An der Wirksamkeit und Ausstrahlung un-

serer Partei in Potsdam-West muss weiter gearbeitet werden. Dabei können die guten Erfahrungen ge- nutzt und weiter entwickelt wer- den, die z. B. Genosse Preller jahre- lang im Verein Brandenburger Vor- stadt und Genosse Eckhoff in jünge- ster Zeit durch die Teilnahme an der Stadtteilkonferenz gewonnen haben. Notwendig ist vor allem, dass die jüngeren Mitglieder Auf- gaben übernehmen.

Der Vorstand des Ortsverbandes wird sich bemühen, auch künftig ein hohes Niveau der Parteiveran- staltungen zu gewährleisten. Wicht- ig wäre es, dass auch jüngere Mit- glieder öfter daran teilnehmen. Vorschläge dafür nimmt der Vor- stand gern entgegen. Zwei Partei- veranstaltungen wollen wir in die- sem Jahr noch durchführen, eine zur Auswertung des Bundespar-

teitages in Erfurt mit den Teilneh- mern Eckhoff und Kühne. Dann werden Karin und Lothar Schröter von ihrer Reise nach Spanien in Wort und Bild über Spuren des Krieges 1936 bis 1939 erzählen.

### Jüngeres Mitglied soll Vorsitz übernehmen

Der Vorstand tagte bisher alle zwei Monate am vierten Donner- stag und hat die Basisvorsitzenden dazu eingeladen. Inzwischen sind wir zu der Schlussfolgerung ge- langt, dass der Vorstand künftig jeden Monat zusammenkommen sollte, um aktuelle Probleme zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Vor allem wollen wir die Infor- mation über Aktivitäten der Vor- standsmitglieder und anderer ak- tiver Mitglieder des Ortsverbandes intensivieren. Einige Ortsverbands- vorstände haben zu aktuellen Themen öffentliche Beratungen durchgeführt, um über die Tätig- keit der Partei im Ortsteil zu in- formieren und zu diskutieren. „Vielleicht sollten wir in Potsdam- West das auch versuchen“, meinte OV-Vorsitzender Bernhard Hei- mann. Insgesamt wäre es gut, den Erfahrungsaustausch zwi- schen den Ortsverbänden zu pfle- gen.

Für die Funktion des Vorsitzen- den sei unbedingt ein jüngeres Mitglied zu gewinnen, so Hei- mann. „Inzwischen bin ich über- zeugt, dass der Vorsitz des Orts- verbandes eine neue Qualität der Parteiarbeit erfordert. Meine Kräfte dafür sind aber durch Alter und Gesundheitsprobleme einge- schränkt. Es ist erforderlich, dass der Ortsverband Potsdam-West wie in anderen Stadtteilen durch ein jüngeres Mitglied geleitet und repräsentiert wird“, so der Ortsverbandsvorsitzende. -bm



Herzlich begrüßter Gast war Ministerin Anita Tack, die in der Brandenburger Vorstadt wohnt und im Ortsverband Potsdam-West organisiert ist. Die Ministerin gab einen eindrucksvollen Überblick über ihre Arbeit unter den Koalitionsbedingungen in der Landesregierung. Im Anschluss antwortete sie auf die Fragen der GenossInnen aus Potsdam-West. Unser Foto: Anita Tack im Gespräch mit Karin Schröter (r.) und Marlies Nopens, Mitglied im Orts- vorstand.

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam; Sascha Krämer, Vor- sitzender. Alleestraße 3, 14469 Pots- dam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk,

Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout;

Jens Hörnig, Reisen, Service; Ger-

linde Krahnert, freie Mitarbeit; Re-

enate Frenz, Redaktionssekretariat;

Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;

email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbranden-

burgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000

LeserInnen. Nachdruck, auch aus-

zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-

nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht aus-

drücklich als Stellungnahme des

Kreisvorstandes und/oder der Redak-

tion gekennzeichnet sind, stellen die

persönliche Meinung des/der AutorIn

dar. Für unverlangt eingesandte Ma-

nuskripte bzw. Fotos kann keine Haf-

tung übernommen werden. Für die

Veröffentlichung von Leserpost behält

sich die Redaktion das Recht sinn-

wahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

(Fortsetzung von SEITE 1)

## Gleichheit und Freiheit im Netz

nologie wurde der Zugang zu Wis- sens- und Kulturgütern geöffnet und erweitert. Das Recht auf In- formation und Kommunikation ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für lebendige Demokratie. In der digitalen Welt gilt es, den offenen Zugang zu Informationen zu ver- teidigen. Offene und freie Systeme wie das Internet, Open Source und Freie Software können als Platt- formen genutzt werden, um sich frei selbst zu organisieren und Konzernzwänge und Meinungs- macht zu umgehen. Statt Nutzer- innen und Nutzer zu kriminalisi- eren, sind politische Lösungen

für neue Vergütungsmodelle der Kreativ- und Kulturschaffenden zu entwickeln.

Das Internet kann als Plattform zur freien Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt wer- den. Es erweitert die Möglichkeiten aller, selbst kreativ zu werden und Gegenöffentlichkeiten zu schaffen. DIE LINKE steht an der Seite der Nutzer, denen es um die Freiheit geht, sich zu informieren und zu äußern.

Sascha Krämer  
Kreisvorsitzender  
DIE LINKE.Potsdam

## Aus dem Bericht des Ortsvor- standes Potsdam-West.DIE LINKE

Im Berichtszeitraum gab es fünf Parteiveranstaltungen. Im Oktober 2010 löste in der Mitgliederversammlung das Referat des Landesvorsitzenden Thomas Nord zur Entwicklung der Partei eine lebhaftige Diskussion aus. Ge- nosse Erlebach informierte uns im November 2010 sachkundig über die Ge- sundheitspolitik. Als Anfang dieses Jahres Turbulenzen in der Partei sichtbar wurden, die nicht zuletzt durch Äußerungen einiger Vertreter des Vorstandes verursacht worden waren, sorgte in bewährter Weise Wolfram Adolphi in der Versammlung im Februar für mehr Klarheit. Gut in Erinnerung ist noch das Auftreten der Genossin Renate Harcke vom Parteivorstand, die uns im Juli den neusten Stand der Programmdiskussion erläuterte.

Im April haben wir versucht, kurzfristig mittels e-mail oder Telefon zu einer Informationsveranstaltung einzuladen. Unmittelbar nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg hat Genosse Jan Eckhoff in lebhafter Form seine Er- fahrungen aus dem Wahlkampf in seiner alten Heimat vermittelt. Das stieß bei den Teilnehmern auf großes Interesse. Durch intensivere Nutzung des In- ternets hoffen wir, in Zukunft zu solchen Veranstaltungen noch mehr Teil- nehmer zu gewinnen.





DAS PARTEIPROGRAMM DER LINKEN:

## NATO abschaffen, Großbanken verstaatlichen

Die Linkspartei beschloss in Erfurt ihr erstes Grundsatzprogramm. Darin fordert sie die Abschaffung von Hartz IV, Mindestlöhne und das Ende der NATO. Nach einem sachlichen und im Umgang fairen Bundesparteitag haben die Delegierten auf dem Bundesparteitag dem Grundsatzprogramm mit großer Mehrheit zugestimmt. Das Abstimmungsergebnis: 503 Ja, 4 Nein, 12 Enthaltungen.

In dem vom Erfurter Parteitag beschlossenen Programm wartet DIE LINKE mit markiger Kritik an den bestehenden Verhältnissen auf. "Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, sondern eine Etappe der Menschheitsgeschichte", heißt es in dem Text. Die wichtigsten Beschlüsse im Überblick.

### Finanzkrise

DIE LINKE tritt für ein dreigliedriges Bankensystem aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und verstaatlichten Großbanken ein. Den Banken soll der Handel mit Wertpapieren und die Spekulation mit Derivaten verboten werden. Den umstrittenen Hedge-Fonds soll die Geschäftstätigkeit in Deutschland verboten werden, alle Finanz-

transaktionen sollen mit einer Steuer belegt werden.

### Steuern

Die Vermögenssteuer soll in Form einer Millionärssteuer wieder eingeführt werden, und zwar in Form von fünf Prozent auf private Vermögen. Zudem wird eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen vorgeschlagen.

### Sozialpolitik

An die Stelle von Hartz IV soll nach dem Willen der LINKEN ein am früheren Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende Mindestsicherung treten. Sie soll nicht mit Sanktionen verknüpft sein. Abschaffen will die Partei außerdem die Rente mit 67. Stattdessen soll wieder zur Regelaltersgrenze 65 zurückgekehrt werden.

### Wirtschaft und Arbeit

Strukturbestimmende Großbetriebe will DIE LINKE in "demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen" überführen. Zudem gehörten die Daseinsvorsorge, die gesellschaftliche Infrastruktur und die Energiewirtschaft in die öffentliche Hand. Hier wird eine demokratische

Kontrolle vorgeschlagen. Die Partei tritt außerdem für einen Mindestlohn ein, der mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens betragen soll. Zudem strebt DIE LINKE die 30-Stunden-Woche an.

### Außenpolitik

Nach kontroverser interner Debatte bekennt sich DIE LINKE in ihrem Programm zum Existenzrecht Israels. Deutschland habe wegen der Judenverfolgung im Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung und müsse jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegen treten.

### Krieg und Frieden

DIE LINKE fordert in ihrem Programm die Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherungssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden. Deutschland müsse auf jeden Fall aus den militärischen Strukturen der NATO austreten. Kampfeinsätze der Bundeswehr soll es nicht mehr geben, stattdessen soll ein "Willy-Brandt-Corps" für zivile Maßnahmen geschaffen werden.

### Regierungsbeteiligungen

DIE LINKE knüpft eine künftige Beteiligung an Regierungen an enge Bedingungen: "An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen."

### Drogen

In dem Programm fordern die LINKEN langfristig eine Legalisierung aller Drogen. Dies sei im Zuge einer "rationalen und humanen Drogenpolitik" erforderlich. In einem am Abend gefassten Zusatzbeschluss stellte die Partei allerdings klar, dass damit nur die kontrollierte Abgabe harter Drogen an Süchtige gemeint ist. Der Handel mit harten Drogen soll weiterhin verboten bleiben.

Mit dem Programm im Gepäck wird sich DIE LINKE auch in Brandenburg den kommenden politischen Herausforderungen stellen. Und das mit Erfolg.

### Online-Umfrage im Oktober 2011:

Auf unsere Frage:

**„Hat Jann Jakobs nach rund einem Jahr als OB seine Wahlversprechungen gehalten?“**

hat NIEMAND mit „ja“ gestimmt. **83,3 %** haben die Frage verneint. Mit „teilweise“ votierten immerhin **16,7 %**. Und die Möglichkeit „kann ich nicht beurteilen“ klickte wiederum niemand an.

Unsere Frage für den November 2011 lautet:

**„Welche kommunalpolitischen Themen sollten 2012 verstärkt eine Rolle spielen?“**

Stimmen Sie ab unter [www.dielinke-potsdam.de](http://www.dielinke-potsdam.de)

### Bitte vormerken!

Sonnabend, 19.11.2011, 10.00 bis 12.00 Uhr

Ort: noch nicht bekannt

## Gesamtmitgliederversammlung des Ortsverbandes Babelsberg/Zentrum Ost

### Themen:

- Auswertung Bundesparteitag
- Diskussion in Vorbereitung des Kreisparteitages
- Nachwahl für den Ortsverbandsvorstand

## Im Norden nichts Neues

Das Parken wird teurer. In der Innenstadt von Potsdam natürlich, nicht etwa in Fahrland oder Groß Gliencke. Stellt sich die Frage, „Was geht den gemeinen Homo Nordensis die Sache an?“ Eine ganze Menge. Wenn sich der geneigte Innenstadtabgeordnete, einfach einmal zu einem Besuch der neuen nördlichen Ortsteile auf schwingt, nimmt er im Allgemeinen das Auto.

Auf die Frage „Warum denn Auto?“, kommt die prompte Antwort: „Geht schneller.“

Und recht hat er! Was der ganzen Angelegenheit noch die Krone aufsetzt, ist die Tatsache, dass es auch noch billiger ist als der Bus.

Was in Richtung Norden funktioniert, klappt auch in umgekehrter Richtung. Doch: „Geht's auch schneller?“

Da sind wir dann bei den Themen Nummer 1 und 2 in Potsdam. Der Verkehr und das Parken. Wie

kann man die Misere in den Griff bekommen? Gutachten wurden erstellt, alter Wein in neuen Schläuchen serviert (Parkraumbewirtschaftungskonzept), Appelle an die Bevölkerung gestartet, Fahrpläne großzügig überarbeitet, Baustellen erschaffen, Ampeln wie auch immer geschaltet und so weiter und so fort. Alles, um den Verkehr zu planen, zu lenken und zu leiten.

Dabei ist es ganz einfach, der Lösung auf die Spur zu kommen. Die Verkehrsplaner, -lenker, -leiter sollten sich an den Weihnachtsmarktwochenenden einfach mal an die Bushaltestelle „Holländisches Viertel“ stellen und sich einreihen so ab 17:20 Uhr in die Warteschlange. Da hat man dann einen schönen Querschnitt der Bürgerschaft auf einer Stelle. Berliner, Fahrländer, Groß Gliencker, Sacrower, der Norden eben.

Und was dann noch schöner ist, ist die Tatsache, dass man schön



Zeit hat noch eine Stunde auf dem Weihnachtsmarkt zu verbringen. Weil der Bus 639/638 ganz einfach wegen Überfüllung durch fährt...

Damit wird mit einem Schlage das Dilemma klar. Die Taktzeiten der Busse sind nicht kundenfreundlich. Das muss man aber erst mal am eigenen Leibe zu spüren bekommen, sonst glaubt

man das einfach nicht. Selbst die Abgeordneten im Bauausschuss, die das teure Parken durchgewinkt haben und aus den nördlichen Ortsteilen kommen, fahren trotz „grünem“ oder anderem Gewissen mit dem Auto zur Sitzung. Was soll da dann perspektivisch heraus kommen. Ach ja, Gutachten, alter Wein ...

Jan Hanisch, OT Groß Gliencke

## Wahlverluste der Rechten in Berlin

Im Berliner Wahlkampf waren drei Parteien der äußersten Rechten angetreten. Angesichts der hoch gesteckten Erwartungen und des lauten Getöses im Wahlkampf waren ihre Wahlergebnisse jedoch für diese mehr als enttäuschend. Sowohl NPD als auch „pro Deutschland“ und „Die Freiheit“ verfehlten den Einzug in das Abgeordnetenhaus klar. Die NPD kam landesweit auf 2,1 Prozent und verlor damit gegenüber den Wahlen von 2006 0,5 Punkte (in absoluten Zahlen bekam sie 31.243 Stimmen gegenüber 35.229 damals – ein Verlust von 3.986). Dieses Bild fügt sich nahtlos zum Bild der NPD-Ergebnisse im gesamten Wahljahr, die von Stagnation und Verlusten gekennzeichnet waren (Ausnahme Sachsen-Anhalt). Relative Erfolge sind lediglich darin zu sehen, dass die NPD Wahlkampfkosten erstattet bekommt und dass sie mit ihrem schwachen Ergebnis noch klar vor den anderen beiden Parteien lag, die selbst zusammen nur unwesentlich mehr Stimmen bekamen. Nur 1,2 Prozent (17.829 Stimmen) wählten „pro Deutschland“, „Die Freiheit“ blieb bei einem Prozent (14.019 Stimmen) hängen.

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei den Abstimmungen über die Bezirksverordnetenversammlungen. Die Niederlage der NPD ist auch hier offensichtlich. Zwar glückte ihr der Wiedereinzug in drei BVV (Trepow-Köpenick mit 4,5%, Marzahn-Hellersdorf mit 4,1%, Lichtenberg mit 3,7%), jedoch kann sie hier nur jeweils 2 Abgeordnete entsenden, womit sie überall den Fraktionsstatus verliert. In Trepow-Köpenick gelangte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt wieder zu einem Mandat. In Neukölln scheiterte die NPD knapp an der 3-Prozent-Hürde. „pro Deutschland“ und die „Freiheit“ konnten in keinem Stadtbezirk in die BVV einziehen.

## „Unter uns“ herrscht purer Realismus

Verklärung der DDR und ihrer Geschichte?!/Von Dr. Bernd-R. Paulke, Potsdam

Als Ausgangspunkt für eine Betrachtung zum Thema kann man sicherlich eines festhalten: Die, die noch zu den Grundideen der DDR-Gründung standen, haben auch nach dem 3.10.1990 darüber nachgedacht, woran das Sozialexperiment DDR nun eigentlich gescheitert ist. Daraus gleich die erste Ableitung: Diese Bilanzierung auf der DDR-Seite, diese interne Fehlersuche, versteht so gut wie kein Westler. Die meisten sagen nur, was soll das, seid doch froh...

Für jeden CSU- oder FDP-Generalsekretär steckt in dem Satz, „in der DDR war nicht alles schlecht“, bereits der Ansatz von Verklärung oder „Ostalgie“. Und trotzdem ist dieser Satz doch richtig. Denken wir nur einmal an die vorschulische Kinderbetreuung (im Kontext mit der hohen Geburtenrate), für die Ostdeutschland sogar noch Ende der 90-er Jahre von der OECD anerkennende Kommentare bekam (im Gegensatz zu den veralteten Bundesländern im Westen).

Haben wir nach 1990 von westlicher Seite seriöse - wissenschaftlich vertretbare - Propaganda, freie Ansätze zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte erlebt?? Ich nicht, - aus meiner Sicht wurde in den Medien mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum 3.10.90 der Hang zur Verteufelung und Diskreditierung der DDR immer größer. Wie ist denn die Tätigkeit von Hubertus Knabe in Hohenschönhausen oder von Prof. Klaus Schröder im FU-Forschungsverbund, „SED-Staat“, einzuschätzen?

Knabe ist nach meinem Kenntnisstand Hesse, und Schröder (Mitglied der Enquete-Kommission des



Brandenburger Landtags) kam aus Schleswig-Holstein. Bis 1990 stand er da wissenschaftlich allerhöchstens in der zweiten Reihe der Historiker. Was für ein 'Experte' für die DDR-Geschichte.... Die einheimischen Fachleute, wie Prof. Finker, wurden bei diesen Dingen systematisch ausgeschlossen. Warum wohl?

Würden wir uns zutrauen, z.B. nach Frankfurt/Main zu gehen und da über die Straßenkampf-Exzesse von Joschka Fischer Bewertungen anzustellen oder z.B. nach Stuttgart-Stammheim im Kontext mit den RAF-Prozessen?? Noch so intensives Aktenstudium ersetzt keine persönliche Erfahrung, kein persönliches Miterleben. Das gilt doch insbesondere für diffizile, unikale Dinge, wie die DDR und ihre Geschichte.

Meint jemand, dass gestandene DDR-Bürger mit mehreren Jahrzehnten DDR-Erfahrung, wachem Verstand und analytischem Blick dazu tendieren könnten, die DDR im Nachhinein übertrieben positiv

darzustellen?? Ich sage klar – nein, warum sollten sie? Wobei ich einräume, dass wir „unter uns“ noch immer anders reden als im Beisein von Westlern. Aber in diesem Kontext gibt es nach meiner Erfahrung individuelle Unterschiede, die in Relation zu unserem Sichtwort „Verklärung“, wichtig sind. Erstens: „Unter uns“ herrscht purer Realismus. Es macht keinen Sinn, unter Erfahrungsträgern übertrieben positiv oder negativ über die DDR zu reden. Zweitens: Im gemischten Kreis ist das bis heute oft anders: Da sind zum einen die DDR-Bürger vom Typ Ungarn-Flüchtling oder Übersiedler, die zum negativen Nachtreten neigen, um ihre Lebensentscheidung zu rechtfertigen. Und dann sind da die bodenständigen, zumeist solideren, die dageblieben sind. Die reizt oft schon die Art der Ansprache des Themas durch den Westler, zu sagen: Moment mal! Und dann werden die unbestreitbar positiven Dinge hervorgekramt und in unterschiedlicher rhetorischer und inhaltlicher

Qualität präsentiert. Und das ist für den Wessi im Nachdenken über das Gespräch dann oft gleich Verklärung der DDR-Vergangenheit. Aber, wie man in den Wald hineintrifft, so schallt es heraus...

Aus konsequent sozialer Sicht brachte die Wende in der DDR eine Minderheit an klaren, eindeutigen Gewinnern und eine Mehrheit an mehr oder minder Verlierern hervor. Die Gründe - vom nicht anerkannten Berufsabschluss, der schlechteren Lohngruppen-Einstufung gegenüber Westimporten bis hin zu Aufstiegschancen in gemischten Teams und letztlich zu Rentenansprüchen - müssen sicher nicht noch weiter aufgeführt werden. Wir hatten 20 Jahre lang weniger Verdienst und weniger Chancen als die, die in den Osten kamen oder im Westen arbeiteten. Von Restitutionsbetroffenen, Arbeitslosen und Fremdpendlern ganz zu schweigen. Von den klaren Wende-Gewinnern muss man sicherlich keine DDR-Verklärung „befürchten“. Aber wie sieht es am anderen Ende der Sozialskala aus??? Wer hat sich, mit dieser Frage im Kopf, schon einmal in der Suppenküchen-Szene oder bei den Tafeln umgesehen und umgehört?? Das wäre im Kontext wirklich interessant –

Ich habe in Greifswald Tafel-Kunden anstehen sehen. Aber ich hätte mich selbst als unerträglich keck und schamlos eingestuft, hätte ich neben dieser Schlange mit Befragungen angefangen. „Ganz unten“, da halte ich persönlich (unsachliche) DDR-Verklärung nicht für möglich, sondern sogar für begründet. Wer könnte es diesen Menschen verdenken...

## Schnelle Aufklärung über Einsatz eines „Trojaners“ notwendig

Zum Einsatz eines „Trojaner“-Computerprogramms im Rahmen von Ermittlungen durch die brandenburgischen Behörden erklärte der innenpolitische Sprecher, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg: DIE LINKE hat für die nächste Sitzung des Innenausschusses

am 20.10.2011 (nach Redaktionsschluss) als zusätzlichen Tagesordnungspunkt eine Information des Innenministeriums über den derzeit stark diskutierten Einsatz eines sogenannten „Trojaners“ beantragt.

Hier ist schnelle Aufklärung wichtig. Da nach Erklärung des Innenministeriums das Land selbst nicht über solche technischen Möglich-



keiten verfügt, soll das Innenministerium Auskunft darüber geben, in welchem Umfang Bundesbehörden beim Einsatz dieser Software in Brandenburg mitgewirkt haben. DIE LINKE hat bereits im Juli 2010 einen Antrag „Befugnis des Bundeskriminalamtes zur Online-Durchsuchung aufheben“ in den Bundestag eingebracht.

## Euro-Rettungsschirm ist Veruntreuung von Steuergeldern

DIE LINKE Potsdam kritisiert die Zustimmung der hiesigen Bundestagsabgeordneten Andrea Wicklein (SPD), Cornelia Behm und Katherina Reiche (CDU) zur Erweiterung des Euro-Rettungsschirms. Der erweiterte Euro-Rettungsschirm (EFSF XL) ist Veruntreuung von Steuergeldern. Es geht dabei nicht darum, den Euro zu retten, sondern die Banken. Alle Risiken der Euro-Krise werden allein dem Steuerzahler aufgebürdet. Die Steuereinnahmen eines ganzen Jahres werden für die Rettung von maroden Banken verpfändet. Da machen wir nicht mit.

Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag als einzige Partei geschlossen Nein gesagt. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie eine Garantie für Löhne, Renten, Sozialleistungen und Sparguthaben

abgibt, damit im Haftungsfall nicht die einfachen Leute die Zeche für die Euro-Krise zahlen müssen. Wir wollen, dass die Rettung der europäischen Arbeitnehmer, Erwerbslosen und Rentner Vorrang hat und nicht die der Banken. Wenn der Haftungsfall eintritt, dann wird der EFSF XL auch für die Kommunen teuer. Schon heute reichen die Einnahmen nicht zur Erfüllung der Pflichtaufgaben. Wenn die öffentliche Hand für die Verluste der Banken haften muss, dann heißt das in Potsdam, dass wir z.B. Schwimmbäder schließen und Kitgebühren erhöhen müssen, damit Herr Ackermann sich und seinen Bankern weiter dicke Boni zahlen kann. Zu so einem Betrug an den Steuerzahlern sagen wir Nein!

-sakraem



## Rathauskooperation verzögert dringende Entscheidungen

Als die Stadtverordneten aus ihrer Sitzung am 28. September gegen 22.00 Uhr auseinander gingen, war keiner der zahlreichen neuen Anträge behandelt worden. Ein Dringlichkeitsantrag der LINKEN zur Aufhebung der Ausschreibung für ein Freizeitbad im Bornstedter Feld blieb ebenfalls offen. Trotzdem entschied eine Mehrheit aus SPD, CDU, Grünen und FDP, dass es ausreichen würde, diese offene Tagesordnung in der nächsten Sitzung am 2. November, also fünf Wochen später, zu behandeln. Ein Antrag der LINKEN auf Durchführung einer Fortsetzungssitzung am 17.10. wurde von der Kooperation abgelehnt. Deshalb nutzten wir die in der Kommunalverfassung enthaltenen Minderheitsrechte. Schon am 30. September lag dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag auf unverzügliche Einberufung der Stadtverordnetenversammlung bis zum 17. Oktober vor. Der Antrag war gemäß § 34 Absatz 2 der Kommunalverfassung von mindestens einem Fünftel der Stadtverordneten unterzeich-

net. Dazu gehören DIE LINKE, DIE ANDERE, das Bürgerbündnis, die Potsdamer Demokraten und Vertreter der Grünen.

Warum wollten wir diese zeitnahe Sondersitzung? Da sind erstens die zahlreichen offenen Anträge, darunter einige, die schon Ende August verschoben worden waren. Da ist zweitens der Dringlichkeitsantrag zur Aufhebung der Ausschreibung zum Freizeitbad im Bornstedter Feld. Die Proteste aus der Bevölkerung zum geplanten Abriss der Schwimmhalle am

Brauhausberg und zur beabsichtigten Verwertung, sprich: dichten Bebauung dieser Fläche, sowie die absehbare Erhöhung der Investitionskosten für ein Freizeitbad neben der Biosphäre haben zu einem Schwenk in der SPD-Fraktion geführt. Wie offiziell mitgeteilt, hat sich der Unterbezirksvorstand dafür ausgesprochen, sich auf ein Sportbad zu beschränken und nicht mehr das kostenintensive Freizeitbadprojekt zu verfolgen. Da DIE LINKE sich von vornherein für die Schwimmhalle am Brau-

hausberg ausgesprochen hat, ist die Mehrheit für das Freizeitbad im Bornstedter Feld und für das noch laufende Ausschreibungsverfahren nicht mehr gegeben. Das muss unverzüglich festgestellt werden, denn jeder Tag, an dem weiter mit Anbietern verhandelt wird, kostet Zeit und Geld. Die SPD verweigert sich partei egoistisch einer solchen klaren Entscheidung, da sie der LINKEN nicht den „Triumph“ gönnt und ihrem Oberbürgermeister die Blamage ersparen will. Nach dem Willen des Oberbürgermeisters soll erst im Dezember über das Freizeitbad entschieden werden.

Insofern ist es nicht überraschend, dass der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung die unverzügliche Einberufung der Stadtverordnetenversammlung verweigert und eine Sitzung am 2. November, zwei Stunden vor der nächsten regulären Plenarsitzung, für ausreichend hält. Hier wird deutlich, dass Herr Schüler nicht überparteilich handelt, sondern im Interesse der Rathauskooperation, die ihn als Vertreter der fünfköpfigen Grünenfraktion in sein Amt gehievt hat. Diese offensichtliche Ignoranz gegenüber gesetzlich festgeschriebenen Minderheitsrechten lassen wir uns nicht bieten.

Dr. H.-J. Scharfenberg



## DIE LINKE und der Bürgerhaushalt

Dürfte man den Pressemeldungen oder Veröffentlichungen unserer politischen Mitbewerber, z.B. der Grünen, glauben, gibt es keine größeren Gegner des Bürgerhaushaltes als die LINKEN. Wie ist es aber tatsächlich? Mit Fug und Recht kann die LINKE es sich auf die Fahne schreiben, dass wir die Einrichtung des BüHH gefordert, mit erarbeitet und stets konstruktiv begleitet haben.

Die aktuellen Teilnehmerzahlen, mehr als 7000 PotsdamerInnen haben teilgenommen, sprechen für die gestiegene Aufmerksamkeit und das Interesse an den Stadtfinanzen.

Und wie sieht es inhaltlich aus? Tierheim bauen, Schwimmhalle am Brauhausberg sanieren, Sport- und Freizeitfläche NowaWiese und Konzept zum Schaffen bezahlbaren Wohnraumes haben die ersten Plät-

ze auf der Wunschliste der BürgerInnen. Alle diese Vorhaben werden, teilweise seit Jahren, durch DIE LINKE unterstützt, nachgefragt und befördert. Leider nicht immer mit Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung.

Diese wird sich mit der Beauftragung zur Realisierung im Rahmen der nächsten Haushaltssatzung auseinandersetzen und nach unserer

Kritik zum Umgang mit BüHH-Vorschlägen in den vergangenen Jahren endlich eine konstruktive und kritische Beratung zulassen müssen. Die Einrichtung von Budgets sollte dann der nächste Schritt sein.

Peter Kaminski,  
Finanzpolitischer Sprecher  
der Fraktion DIE LINKE

## Transparenz bekommt die Stadt nicht umsonst!

Die 10. Sitzung der Transparenzkommission am 18.10.2011 war zugleich die erste öffentliche. Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Mitglieder der Kommission im September per Beschluss gebeten, noch einmal über das öffentliche Tagen zu befinden. Das ist geschehen und die zwei weiteren Sitzungen, die bis zum Abschluss der Arbeit der Kommission stattfinden, können von am Thema Interessierten begleitet werden.

Übrigens: Am 18.10.2010 haben

5 Bürgerinnen und Bürger die Sitzung besucht. Ich finde es ausgesprochen misslich, dass die anwesenden Pressevertreter nach der Diskussion zu den Kosten der Transparenzkommission die Sitzung verlassen haben. So könnte in der Berichterstattung der falsche Eindruck vermittelt werden, die Kommission befasse sich nur mit sich selbst und habe ihren eigentlichen Auftrag nicht im Blick.

In der Sitzung gab es eine durchaus ergebnisreiche Diskussion zu

den Strukturen der städtischen Gesellschaften. Fragen wie „Ämterkonzentration“, „Besetzung von Aufsichtsräten“ und „Gewährleistungen des Vier-Augen-Prinzips“ wurden besprochen und mit Empfehlungen an die Stadtverordnetenversammlung versehen.

Der Meinungsbildungsprozess zum Sponsoring wurde ebenfalls abgeschlossen. Städtische Unternehmen werden weiter als Sponsoren auftreten, allerdings müssen sie sich strengeren Anforderungen

an die Kontrolle des Zwecks und der Höhe der Vergabe stellen als bisher.

In dem Zwischenbericht der Kommission zur Erarbeitung von Transparenzregelungen in städtischen Unternehmen, der der Stadtverordnetenversammlung am 28. September 2011 vorgelegt wurde, sind Grundpositionen dazu bereits enthalten. Der Zwischenbericht ist übrigens unter [www.potsdam.de](http://www.potsdam.de), Transparenzkommission, einzusehen.

Dr. Sigrid Müller

## Papierkorb und Grüner Pfeil wieder da

Ein fehlender Papierkorb an der Bushaltestelle Zeppelinstraße am Bahnhof Charlottenhof und ein abgebauter Grüner Pfeil für Rechtsabbieger von der Heinrich-Mann-Allee in die Friedhofsgasse waren Anlässe für Ralf Jäkel und Hans-Jürgen Scharfenberg in der SVV-Tagung Ende September nachzufragen.

Der Papierkorb sei inzwischen angebracht, teilte die Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger mit, der Grüne Pfeil werde ebenfalls umgehend wieder installiert. Sie versicherte, Hinweise solcher Art auch telefonisch entgegen zu nehmen und kurzfristig zu reagieren.

## Der Schlaatz erhält eine neue Kaufhalle

Die Anstrengungen und der Dauerdruck haben sich gelohnt. REWE wird auf dem Schilfhof eine neue moderne Kaufhalle bauen und betreiben. Das ist in Qualität und Nachhaltigkeit viel mehr als die zwischenzeitlich beabsichtigte Sanierung der alten Kaufhalle mit einer kleineren Nahverkaufseinrichtung. Es war richtig, dass die Schlaatzer nicht aufgegeben haben, nachdem 2009 die alte Kaufhalle geschlossen wurde und die versprochene Anschlusslösung nicht zustande kam. DIE LINKE hat sich konsequent und nachdrücklich für eine Lösung zu Gunsten der Bewohner des Schlaatz eingesetzt und alle entsprechenden Bemühungen unterstützt. Positiv ist auch, dass die Sanierung der Ladenzeile unterhalb der Kaufhalle in Gang kommt. Damit gewinnt das Wohngebiet wieder an Qualität. Der Schlaatz hat Zukunft.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## LINKE fordert Ersatzstandort für Kitas

In einem Antrag an die SVV fordert DIE LINKE eine erneute Prüfung eines wohnortnahen Ersatzstandorts während Sanierungszeitraums 2013 – 2015 für die Kitas „Storchennest“ und „Montessori-Kinderhaus“.

Der Oberbürgermeister soll beauftragt werden, auf der Grundlage der Forderung des KIS nach einem teilweisen Auszug der Kitas „Storchennest“ und „Montessori-Kinderhaus“ während des dritten Bauabschnitts, die erneute Prüfung eines wohnortnahen Ausweichquartiers für beide Einrichtungen während der geplanten Innensanierung im Zeitraum 2013 bis 2015 zu veranlassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in einer Mitteilungsvorlage im März 2012 das Ergebnis der Prüfung darzustellen.

Der KIS hat in seiner Planungsrunde zur Sanierung der Kitas in der Günther-Simon-Straße 2 – 4 am 10. Oktober 2011 gegenüber dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie darauf aufmerksam gemacht, dass eine Innensanierung der beiden Kitas an diesem Standort bei laufendem Betrieb nicht möglich ist. Der zumindest zeitweilige Auszug sei nochmals zu prüfen. Um diesem Anliegen unverzüglich nachzukommen, dient dieser Antrag.

(siehe Beitrag r. u.)

## Moderner „Straßenraub“?

Bezugnehmend auf einen Artikel aus der Potsdamer Tagespresse vom 23.09.2011 haben wir an die Stadtverordnete der LINKEN, Frau Jana Schulze, die Bitte gerichtet, für die Anwohner der Trebbiner Straße (Drewitz-Ort) etwas zu tun und dafür zu sorgen, dass für das Jahr 2012 wieder zu den Straßenreinigungskosten von 2010 zurückgegangen wird. Unsere Begründung für unsere Forderung ergibt sich aus den zurückliegenden Mo-

naten. Die Einführung der Mischreinigung wird mit der notwendigen Handreinigung von Parkbuchten, kleinen Plätzen und zwischen parkenden Autos begründet.

In der Trebbiner Straße trifft keiner der angeführte Gründe zu. Hier gibt es keine Parkbuchten, keine Plätze und keine parkenden Autos, hier gibt es nicht einmal auf der gesamten Länge der Straße einen Bordstein.



Weiterhin wird die Hochstufung von einfacher Maschinenreinigung zur Mischreinigung mit einer höheren Leistung begründet. Wie diese „höhere Leistung“ aussieht, ist auf den Fotos zu „erkennen“.

Wir haben hier noch nie jemanden mit einem Besen gesehen, obwohl wir jedes mal die Straßenreinigung miterleben dürfen.

Die Maschinenreinigung durch die STEP war in den Jahren davor schon ein Witz, und jetzt sollen

wir noch eine doppelt so teure Mischreinigung bezahlen, die nicht einmal notwendig ist und ja auch nicht durchgeführt wird.

Wir nennen die Straßenreinigungsgebührensatzung 2011 von den politischen Fraktionen gebilligten Straßenraub. Und ich hoffe, dass DIE LINKE sich für 2012 daran nicht mitschuldig machen will.

Anwohner der Trebbiner Straße, Potsdam-Drewitz

## Gartenstadt „JA“, bitte – Hauptstraße hier, „Nein“, danke

### Förderverein der Kita Storchennest / Ein Verein, der nicht nur Spielzeug spendet

Der Förderverein Kita Storchennest e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen der Kinder über die Eltern aufzugreifen, zu aktivieren und für deren Durchsetzung einzusetzen. Verwirklicht wird dies u.a. durch die Ausstattung der Kita Storchennest mit Spiel-, Bastel- und Lernmitteln und die Ausrichtung diverser Veranstaltungen und Aktivitäten mit den Kindern und Familien wie Lesenacht, Sommerfest, Olympiade oder einfach nur einer Gruppenfahrt.

Natürlich kümmert sich auch der Verein in enger Zusammenarbeit mit der Kitaleitung um die sozial benachteiligten Kinder und Familien und sorgt dafür, dass Kinder aus diesen Familien bei Gruppenfahrten und Ausflügen nicht das

Nachsehen haben und zu Hause bleiben müssen.

Der Förderverein finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Jeder ist gerne als aktives Mitglied gesehen und kann zur Gestaltung und Verbesserung der Kita sowie der dazugehörigen Außenanlagen beitragen. Wir, das ist das Team um den Vorsitzenden Michael Hill, führen Gespräche mit der Stadtverwaltung und den Stadtverordneten, der Kitaleitung und dem Träger und unseren Sponsoren, um das bestmögliche für unsere Kinder heraus zu holen.

Schließlich sind unsere Kinder unsere Zukunft, und ohne Zukunft wäre das Leben doch nicht mehr lebenswert.

Aktuell müssen wir uns mit dem

Verkehrskonzept der Gartenstadt Drewitz beschäftigen. Wir halten die Gartenstadt für eine Chance für unsere Kinder, in einer grüneren und angenehmeren Umgebung aufzuwachsen, als es aktuell der Fall ist. Würde das Verkehrskonzept jedoch so umgesetzt wie geplant, wären gerade die Kinder und Familien die eindeutigen Verlierer. Die Kinder müssten den ganzen Tag an einer lauten und gefährlichen Hauptstraße spielen. Eine 30er Zone wäre da nur ein kleiner Trost.

Das können wir nicht zulassen, deswegen müssen wir uns im Rahmen unserer Verpflichtung dafür einsetzen, dass es zu dieser Verlagerung der Hauptstraße nicht kommt. Wir können es nicht zu-

lassen, dass unsere Kinder der Gefahr von Lärm, Abgasen und zunehmendem Verkehr ausgesetzt werden.

Mit dem in der Planung favorisierten Vorschlag, die neue Hauptstraße durch Drewitz durch die nur von Anliegern genutzte Wolfgang-Staudte-Straße zu legen, sind wir nicht einverstanden. An dieser Straße liegen drei Kindertagesstätten, eine Schule und mehrere Wohnblöcke.

Wir wissen, es gibt andere Wege. Dies haben wir bereits in einem Schreiben an den Oberbürgermeister Jann Jakobs, die Fraktionen und die Stadtverwaltung zum Ausdruck gebracht.

-kmw

## Sanierung der Kitas in der Günther-Simon-Straße

### Erster Bauabschnitt im „Montessori Kinderhaus“ und „Storchennest“ begonnen/Sorgen der Eltern

Im September 2011 wurde mit dem ersten Bauabschnitt in den Kitas „Montessori Kinderhaus“ und „Kita Storchennest“ begonnen.

Auf Grund der guten Kooperation mit dem Architekten, KIS und ausführenden Gewerken konnte bisher ein reibungsloser Austausch der Fenster stattfinden.

Die Sorge der Eltern und der

Kita-Teams im Vorfeld des zweiten und dritten Bauabschnittes besteht darin, dass es zu verstärkten Beeinträchtigungen kommen wird, wenn die Sanierung bei laufendem Betrieb stattfindet. Hier besteht dringender Handlungs- und Klärungsbedarf.

KIS empfiehlt dem Jugendamt (Bausitzung 10.10.11), noch einmal zu prüfen, ob die Möglichkeit eines

Auszuges (dritter Bauabschnitt – Innensanierung) für wenigstens eine Kita besteht, um so entsprechend Baufreiheit zu schaffen.

Schon seit Frühjahr 2010 engagieren sich Elternvertreter beider Träger für eine positive Lösung im Interesse ihrer Kinder, so z.B. auch mit einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Potsdam. Beide Kitas wünschen sich wei-

terhin eine gelungene und beiderseits zufriedenstellende Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern und anderen Beteiligten

Kerstin Hendler  
(Kita Storchennest)  
Kati Anton  
(Montessori Kinderhaus)



## „Das Stern-Center ist einzigartig“

Seit 15 Jahren lockt das Einkaufszentrum mehr Auswärtige als Einheimische nach Potsdam

Zehn tolle Tage lang an der Monatswende zum Oktober hat das Stern-Center mit seinen Besuchern das 15-jährige Jubiläum gefeiert, bevor am 15. Oktober rund 5000 Potsdamer die größte Partynacht des Jahres erleben konnten. Grund genug zum Feiern habe man, meint Center-Manager Stephan Raml: „Das Stern-Center ist einzigartig in Berlin-Brandenburg.“ Seit vier-einhalb Jahren führt der 43-jährige Publizist M.A. das Potsdamer Einkaufszentrum – nicht als „Greenhorn“. Zuvor leitete er das „Gesundbrunnen-Center“ in Berlin sowie den Anger 1 in Erfurt – ebenfalls zwei der 137 Einkaufszentren, die die ECE (Einkaufs-Center-Entwicklung) in Europa im Management hat. Seit 1965 gibt es das von Versandhausgründer Werner Otto aufgebaute Unternehmen, das unter anderem auch die Potsdamer-Platz-Arkaden in Berlin und das A-10-Center Wildau bei Königs Wusterhausen betreibt.

85 Fachgeschäfte vereint das Stern-Center in Potsdam unter dem Dach der auch dem Namen nachempfundenen sternförmigen modernen Architektur.

Die Vorbehalte, dass ein großes Einkaufszentrum dem Einzelhandel in der Innenstadt schade, haben sich in den 15 Jahren des Bestehens des Stern-Centers als unzutreffend erwiesen. Stephan Raml kann mit den Ergebnissen von regelmäßigen Kundenbefragungen aufwarten: Knapp 60 Prozent der Besucher des Stern-Centers kommen nicht aus Potsdam, sondern vor allem aus den anliegenden Landkreisen Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. „Das heißt: Wir holen von außen Kaufkraft nach Potsdam. Und, was genauso wichtig ist: 39 Prozent davon fahren



Center-Manager Stephan Raml (l.) und LINKE-Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Scharfenberg nach einem Informationsgespräch anlässlich des 15. Center-Jubiläums. „Ich lege Wert auf den regelmäßigen Kontakt mit den Stadtverordneten und der Verwaltung“, sagt der Center-Manager. Herr Scharfenberg habe die Entwicklung des Centers in seinem Wahlkreis von Beginn an begleitet.

sowohl ins Stern-Center als auch in die Innenstadt, damit sich der Besuch lohnt. Und dafür bietet Potsdam genügend attraktive Anlaufpunkte.“ Hierin liege der große Vorteil Potsdams: „Es ist gut, dass die Stadt mit ihrem Einzelhandelskonzept eine Abfolge festgelegt hat, nach der bestehende etablierte Handelsstandorte weiterentwickelt werden können, statt in Entweder-Oder-Kategorien zu denken.

Ich erfahre Potsdam nicht eindimensional, die Stadt ist sehr vielschichtig und das ist gut so. Ich habe eine der attraktivsten, lebens- und lebenswertesten Städte kennengelernt – eine Lebensqualität von Landschaft, Kunst, Kultur Wirtschaft und Sport, die Berlin in

mancher Hinsicht in den Schatten stellt.“

Und nach 15 Jahren: Wie sieht die Zukunft für das Stern-Center aus?

„Wir haben vor, das Stern-Center weiter zu entwickeln. Das geschieht im Rahmen des Einzelhandelskonzeptes. Im Wesentlichen sollen ein Sportmarkt und weitere Gastronomieangebote – die durch einige Geschäfte verschiedener Branchen noch ergänzt werden - entstehen. Das Konzept ist inzwischen vom Arbeitskreis Einzelhandel begrüßt worden.“ Der nächste Schritt zur Umsetzung der Erweiterung ist die Änderung des B-Plans. Die Einbringung eines Aufstellungsbeschlusses in der Stadtverordnetenversamm-

lung wird für Ende des Jahres angestrebt.

Nach den Jubiläumsfeierlichkeiten bleibt nicht viel Zeit bis zum Weihnachtsgeschäft, das für ein Einkaufszentrum nicht nur die geschäftliche „Hoch-Zeit“ bedeutet, sondern auch die kreativen Potenziale fordert. „Wir haben viel Erfahrung mit großen Publikumsveranstaltungen, mit denen wir unsere räumlichen und technischen Möglichkeiten auch für kulturelle und sportliche Events für die ganze Region nutzen. Ab Ende November werden die Besucher im Stern-Center wieder in eine einzigartige weihnachtliche Erlebniswelt tauchen können, wie in keinem anderen Berlin/Brandenburger Center.“ rd

## Das Stern-Center

Das Stern-Center wurde am 24. Oktober 1996 eröffnet. Auf einer Verkaufsfläche von ca. 35.000 Quadratmeter befinden sich 85 Fachgeschäfte, darunter ein SB-Warenhaus, fünf Textilhäuser, ein Fachmarkt für Unterhaltungselektronik, ein Supermarkt, Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe. Zum Kundenservice gehören u.a. 2.100 kostenlose Parkplätze auf zwei Parkebenen, eine Kundeninformation, ein Baby-Wickelraum, Geldautomaten, Telefon- und Postservice, behindertengerechte Aufzüge, 210 Fahrradstellplätze. 25.000 Menschen werden durchschnittlich pro Tag als Kunden begrüßt.



Rund 5.000 Gäste kamen zu „Potsdam tanzt“ im Center.



## LINKE: FreiLand-Projekt konsequent weiter fördern

Der Oktober hat erneut gezeigt, dass das FreiLand sich einem breiten Publikum öffnet und dieses begeistert. Bei der Eröffnung im Frühsommer waren politische Vertreter da und ließen sich auf die Schulter klopfen und klopfen selber. Nun, wo sie gefragt sind – Schweigen. Das zarte Pflänzchen, das sich durch großes Engagement der Jugendlichen und von Dirk Harder zu einem attraktiven Standort entwickelt hat, darf jetzt nicht am zögerlichen Agieren Exners eingehen. Stadtpolitik muss sich klar für das FreiLand-Projekt aussprechen – das haben alle verdient.

## „Tue Gutes und rede darüber!“

Sterntaler e.V. – Förderverein für die Neue Grundschule Potsdam

Der Förderverein für die Neue Grundschule Potsdam, Sterntaler e.V., wurde Mitte 2007 auf Initiative von Eltern für die Kinder gegründet, um in enger Zusammenarbeit mit der Schul- und Hortleitung zum Wohle der Schüler unterstützend tätig zu werden.

Die Neue Grundschule Potsdam ist eine staatlich genehmigte Ersatzschule in Potsdam. Derzeit besuchen über 600 Schüler diese bilinguale Ganztagschule. Der Träger, die ASG-Anerkannte Schulgesellschaft mbH, betreibt unter anderem auch das Babelsberger Filmgymnasium (BfG) in der Wetzlarer Straße.

Der Förderverein hat zum Ziel, das Angebot für die Schüler zu erweitern (Kursangebote, Informationen, Ausflüge), zusätzliche Anschaffungen zu tätigen und Schul- und Hortprojekte zu finanzieren, wenn die Mittel des Trägers der Schule nicht oder nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Der Verein hat die Aufgabe, das Angebot zu ergänzen, nicht aber, dieses zu ersetzen. Der Verein finanziert sich aus einmaligen oder regelmäßigen Geldspenden sowie aus den Mitgliedsbeiträgen. Zurzeit hat der Verein ca. 78 Mitglieder, mit steigender Tendenz.

Neben den anfänglichen bürokratischen Hürden, welche einem Ehrenamt so in den Weg gestellt werden, konnte der Verein im ersten Jahr (2007/2008) schon im Rahmen des Sommerfestes im Wert von ca. 1.000,00 Euro Spielgeräte für die Pause und den Hort übergeben. Der Renner auf dem Sommerfest war die kostenlos zur Verfügung gestellte Popkornmaschine von Herrn Josef Knorn (Reisebüro Schlachtensee GmbH).

Im Schuljahr 2008/2009 stieß Herr Klaus Mohrholz zu uns und wurde sofort zum Vorsitzenden gewählt. Seine Erfahrungen und Ideen bereicherten den Verein. Und auf Grund einer von ihm ins Leben gerufenen großen Spendenaktion mit dem Havel-Nuthe-Center Potsdam konnte der Verein Pausenspielzeug im Wert von fast 4.000,00 Euro überreichen. (Aktion „Speck weg – für den guten Zweck“ 2009)

Im Schuljahr 2009/2010 unterstützten wir finanziell und personell die Lernwerkstatt (Drucker), Veranstaltungen des Hotels und der Schule sowie das Schulradio Radio Flow. Auch unser Informationsstand am Tag der offenen Tür ist in jedem Jahr ein Muss, um sich den interessierten Eltern zu präsentieren.

Im Dezember des Jahres 2010 organisierte der Verein dann die

1. STERNHALER NACHT, welche in der neu gebauten Mensa der Schule stattfand. Bei kulinarischen Genüssen und einem unterhaltsamen Programm für die Eltern konnte der Verein seine Arbeit präsentieren und neue Mitglieder gewinnen. Der Schulträger (ASG) sponserte uns das gesamte Catering.

Zum Ende des Schuljahres 2010/2011 konnten wir das Großprojekt „Hortinformationsystem“ abschließen und einsatzbereit übergeben. Die Anzeigedisplays in der Schule und im Hort geben den Kindern eine einfache Übersicht über die aktuell laufenden Arbeitsgemeinschaften in der Schule.

Außerdem ist der Verein seit November 2010 Projektpate von FLOW PARADIES. Das Projekt hatte seinen Ursprung in einer Jubiläumsaktion der Baumarktkette Bauhaus. Diese stellte im Rahmen von „Bauhaus macht Schule“ 100-mal 5.000,00 Euro für die Schulhofgestaltung bundesweit zur Verfügung. Unsere Schule, hier insbesondere die Mitarbeiter des Schulhortes, erarbeiteten zusammen mit unserem Vereinsmitglied und Architekten Volker Weigel ein Konzept für den Schulhof. Der Verein organisierte die notwendigen Bauwagen und unterstützte bis zur Fertigstellung das Projekt finanziell und personell.

Am Freitag, 23.09.2011, lud der Sterntaler e.V. ein zur 2. STERNHALER NACHT. Für die Kinder der Schule gab es ab dem Nachmittag z.B. Zuckerwatte satt, eine Hüpfburg, Elektroautos, und die 4. Klassen organisierten einen Kuchenbasar. Der Auftritt von Gerhard Schöne war dann der Höhepunkt des Abends. Wer kennt nicht das Lied... „Ein Popel, ein Popel, ein Popel ollala“. Vor über 300 begeisterten Kindern und Eltern der Schule sang der beliebte Liedermacher seine bekannten Lieder für Jung und Alt.

Im Anschluss sorgten Grillwürstchen, Steaks und kühle Getränke für das leibliche Wohl. Das Schulradio „Radio Flow“, sorgte mit heißen Discorhythmen für einen wunderschönen Ausklang der 2. STERNHALER NACHT: Dank der vielen fleißigen Hände der Sponsoren - und hier insbesondere Stephan Goericke - wurde die Veranstaltung ein großer Erfolg und trägt zur Popularität des Vereins bei.

Dem Vorstand des Fördervereins gehören derzeit folgende Eltern an: Klaus Mohrholz (Vorsitzender), Benno Nemetz, Volker Weigel, Michael March (Stellvertreter) Rüdiger Tauch (Schatzmeister), Stephan Goericke (Projektmanagement). Fazit: Es geht, auch wenn manchmal nur mit kleinen Schritten, vorwärts zum Wohle unserer Kinder. *Sterntaler e.V.*



2010: Scheckübergabe Bauhaus.



2009: „Speck weg für den guten Zweck“.



2008: Das Schulradio „Radio Flow“ erhielt einen Voicerecorder.



2010: Gerhard Schöne zu Gast zur 2. Sterntaler Nacht.



## Stadtteilschule ohne Stadtteil?

Es ist schon ein Kreuz mit der Bürgerbeteiligung. Die Diskussionen um die zukünftige Stadtteilschule am Priesterweg machen da keine Ausnahme.

Zur Erinnerung, nach den Umbauarbeiten soll es in dem Gebäude neben dem Schulbetrieb auch ein Angebot an sozialen und kulturellen Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten und Räume zur Nutzung durch die Drewitzer geben.

Die Direktorin der Priesterwegschule, Frau Eichelbaum, hat mit viel Engagement Anfang September einen dreitägigen Szenario-Workshop vorbereitet und durchgeführt. Der informierte Leser fragt sich jetzt: „Hatten wir das nicht schon mal?“. Eigentlich schon, nur waren damals mehr Drewitzer beteiligt.

Im Ergebnis dieses Workshops hat sich eine Projektgruppe „Stadtteilschule“ gebildet, die sich erstmals am 27.09.2011 traf. Erfreulich ist die Tatsache, dass diesmal auch Vertreter aus der Drewitzer Bürgerschaft beteiligt waren. Leider liegt die Verantwortlichkeit noch

immer in den falschen Händen. Ob Frau Eichelbaum als Schulleiterin völlig unbefangenen über das Wohl und Wehe des nichtschulischen Bereiches entscheiden kann, mag jeder für sich entscheiden.

Leider blieb auch diesmal die Beschäftigung mit konkreten Inhalten auf der Strecke. Große Einigkeit

herrschte jedoch zum Termin der Ausschreibung für einen Betreiber des zukünftigen „Stadtteiladens“. Diese muss entgegen der städtischen Vorstellung nicht erst in 2013, sondern wesentlich früher erfolgen. Allerdings setzt eine erfolversprechende Ausschreibung ein Konzept voraus. Wie dieses aussehen soll,



steht aber noch völlig in den Sternen. Was hier gefragt sein sollte, ist die Meinung der Drewitzer! Nur wenn die Bedürfnisse der Einwohner in die Konzeption der Stadtteilschule einbezogen werden, wird diese in der Zukunft auch von den Bewohnern des Stadtteils angenommen. Dennoch gibt es seitens der Stadt, die nicht wenig Geld in die neue Stadtteilschule steckt, keine wirklichen Ambitionen, die Meinung der Bürger einzuholen. Das

Engagement einiger weniger kann nicht die Meinung des ganzen Stadtteils widerspiegeln.

Um das Projekt „Stadtteilschule“ zu einem Erfolg werden zu lassen, bedarf es wesentlicher Punkte:

- Die Ausarbeitung des Konzeptes gehört unter die Leitung der Bürger, selbstverständlich in Kooperation mit der Schule und der Stadt.

- Die Meinung aller Drewitzer ist einzuholen, kurzfristig und umfangreich (Bürgerbrief an jeden Haushalt oder ähnliches).

- Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass gewünschte kommunale Dienstleistungen bereitgestellt werden (z. B. ein Bürgerbüro für die wichtigsten Verwaltungsakte wie An- und Ummeldung, Pass- und Ausweisstelle, KFZ-Meldestelle an zwei Tagen in der Woche).

- Mit dem in Grundzügen ausgearbeiteten Konzept erfolgt die Ausschreibung für den Betreiber des „Stadtteiladens“ im Frühjahr 2012.

Die Bürgervertretung Drewitz wird zusammen mit dem Bürgeraktiv die weitere Entwicklung kritisch verfolgen.

Alexander Frehse,  
Bürgervertreter in Drewitz

## Gartenstadt Drewitz – endlich geht es voran

Am 14.10.11 wurde auch von der Bürgervertretung Drewitz die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt und der Bürgervertretung von ihrem Sprecher Klaus Mohrholz-Wensauer unterzeichnet. Dass es dann doch etwas länger gedauert hat, liegt weniger am Streit um den Inhalt der Vereinbarung, darüber waren sich die beiden Parteien schon im Groben klar, es lag eher daran, einen gemeinsamen Termin zu finden, um die letzten Feinheiten abzustimmen. Jetzt ist es vollbracht und die

Bürgerbeteiligung in Drewitz ist auch auf Papier festgehalten. Nichtsdestotrotz haben Bürgervertretung, Pro-Potsdam und die Landeshauptstadt auch ohne Papier schon erfolgreich zusammengearbeitet und erste Ergebnisse erzielt. So wurde auf der 4. Werkstatt ein Kompromiss für die Verkehrsführung gefunden, der die Punkte Konrad-Wolf-Park, Buslinienerhalt, keine Erhöhung der Verkehrszahlen in den Seitenstraßen und die Möglichkeit einer zukünftigen Anpassung enthält. So werden die Bushaltestellen bleiben,

um die gute Anbindung an den ÖPNV zu erhalten. Um aber im Bedarfsfall eine schnelle Entlastung der Anwohner in der KWA ermöglichen zu können, werden die Kreisverkehre im Eingangsbereich von Anfang an groß genug gestaltet, damit die Busse in ihnen wenden können. Eine Mehrbelastung durch den motorisierten Individualverkehr in der Sternstraße, Veidtstraße und der Wolfgang-Staudte-Straße wird durch versenk- oder herausnehmbare Polleranlagen sicher gestellt. Die Änderung der Vorwegweisung

und die Ausschilderung des Wohngebietes als 30-er Zone ist bereits beantragt und wird durch die entsprechenden Behörden geprüft und umgesetzt. Ob diese Maßnahmen dann alle so funktionieren wie gedacht, wird in 2015 durch unabhängige Stellen überprüft. Und dann wird auf Grund der Ergebnisse entschieden, ob das Straßenbahngleis bei der Erneuerung in 2018 mit Rasen bepflanzt werden kann oder ob es doch den Bus- und Individualverkehr aufnehmen muss, um die Belastung der Anwohner in Drewitz zu mildern. Auch die Projektgruppe Parkraum war nicht untätig und hat zusammen mit der Pro-Potsdam

einen tragfähigen Plan erarbeitet, bei dem keine Parkplätze verloren gehen und bezahlbare Parkplätze zur Verfügung stehen. Wenn dann in einigen Jahren die Finanzierung der Parkplätze abbezahlt ist, werden die Einkünfte aus der Parkraumvermietung für die Pflege des Umfeldes benutzt. Und fast jeder Parker in Drewitz unterstützt damit dann das Grün in Drewitz. Damit wurde schon der erste Ansatz einer Nachhaltigkeit für die Gartenstadt geschaffen.

Nächster Termin: 07.11.11 Themenabend: „Energie und energetische Sanierung. Drewitz auf dem Weg in die Zukunft.“

## Weiter Streit um die Zielsetzung für die Gewerbeentwicklung Kirchsteigfeld-Süd

Von Dr. Wilfried Naumann, Sprecher der Bürgerinitiative Kirchsteigfeld-Drewitz

In der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Dezember 2010 scheiterte nach kontroverser und emotionaler Diskussion und aktiver Teilnahme der Bürgerinitiative ein Antrag der FDP für einen Aufstellungsbeschluss zur Änderung des B-Plans 18 Kirchsteigfeld. Ziel des Antrags war es, eine Bauleitplanung in Lauf zu setzen, die dem Berliner Investor Dr. Aldinger Baurecht zur Realisierung eines Fachmarktzentrums „Drewitz-Park“ mit 47.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche verschaffen sollte. Schließlich fand ein Antrag von Bündnis90/Die Grünen eine Mehrheit, wonach wegen der fehlenden Akzeptanz

des Drewitz-Parks in der Öffentlichkeit der Oberbürgermeister beauftragt wurde, vor einer weiteren Verfolgung des Vorhabens eine mögliche Zielsetzung und Grenzziehung gutachterlich entwickeln zu lassen.

Insbesondere die Grenzziehung war von besonderer Bedeutung, weil der Drewitz-Park auf eine Erweiterung des Gewerbegebietes bis hin zur Trebbiner Straße abzielte, wobei bis zu 12ha Wald in Gewerbefläche umgewidmet werden sollten. Vor diesem Hintergrund hat Dr. Aldinger im Mai 2009 vom Landesbetrieb Forst Brandenburg eine Waldfläche von 8,7ha gekauft. Die Stadt Potsdam

wurde vom Landesbetrieb Forst über den beabsichtigten Waldverkauf informiert und sah „keinen Versagungsgrund“.

In Umsetzung des Beschlusses vom 1.12.2010 fand im März dieses Jahres ein Planungsworkshop statt. Im Ergebnis war unstrittig, dass zur effektiven Entwicklung des Gewerbegebietes eine Straßenanbindung hin zur Trebbiner Straße notwendig ist. Der Investor will die Finanzierung übernehmen, verlangt dafür aber die Waldinanspruchnahme und die Genehmigung zur großflächigen Einzelhandelsansiedlung. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen.

Eigentlich war ein 2. Workshop

vorgesehen. Mitte Oktober überraschte die Stadtverwaltung jedoch mit einem Beschlussantrag für die Sitzung der Stadtverordneten am 2. November, indem sie ohne weitere Abstimmung mit den Betroffenen 4 Varianten zur Entscheidung stellt, die eines gemeinsam haben: die großflächige Waldabholzung! Sie favorisiert eine Variante, in der im Wald 1,5ha Einzelhandel und 3,5ha Gewerbe entwickelt werden sollen. Dies lehnten die rund 60 Teilnehmer einer Bürgerversammlung am 19. Oktober in der Versöhnungskirche ab. Sie fordern den Walderhalt und eine Gewerbeansiedlung ausschließlich auf der im B-Plan vor-

gesehenen Fläche. Der Verwaltung warfen sie vor, in ihren Finanzierungsmodellen für den Straßenbau ausschließlich auf Aldinger zu setzen, und zeigten auf, dass es weitere Möglichkeiten gibt. Ebenso sind die angenommenen „Planungsgewinne“ nicht nachvollziehbar, solange die Verträge zum Waldverkauf nicht offengelegt werden. Da offensichtlich noch erheblicher Klärungs- und Gesprächsbedarf herrscht, darf eine halbherzige Beschlussvorlage, die in ihren Varianten in keiner Weise zielführend ist, den Stadtverordneten zur Entscheidung nicht vorgelegt werden – so die Forderung der Bürgerinitiative.



## Antifa-Gedenktage im November

**06.11.1966:** Lotte Pulewka gestorben

**08.11.1916:** Peter Weiss in Nowawes geboren

**09.11.1938:** Novemberpogrom, Zerstörung der Potsdamer Synagoge

**12.11.1931:** Ermordung Herbert Ritters

**13.11.2011:** „Volkstrauertag“

**24.11.1933:** Hans Otto an Folgen der Folterungen gestorben

**27.11.1910:** Walter Junker geboren

### November 1936:

## Legion Condor in Spanien

Am 6. November 1936 meldete sich die »Legion Condor« offiziell mit einem vorläufigen Kontingent von 6500 Mann unter dem Kommando von General Hugo Sperrle in Sevilla einsatzbereit. Mit der »Legion Condor« im Spanischen Bürgerkrieg verknüpfen sich fast untrennbar das Adjektiv »berüchtigt« und der Ortsname »Guernica«. Die Zerstörung der baskischen Kleinstadt im April 1937 durch deutsche Bombenflugzeuge prangerte Pablo Picasso in einem seiner berühmtesten Gemälde an. Die »Legion Condor« bombardierte in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges zahlreiche weitere Städte. Angriffe auf Zivilisten zählten nicht zu den Ausnahmen, sondern zur Normalität des Bombenkrieges. Andererseits konzentrierten sich die Einsätze der Legion vor allem auf die taktische Unterstützung der Bodentruppen. Darin lag auch die Bedeutung der »Legion Condor« für den Ausgang des Spanischen Bürgerkrieges, den Franco ohne die deutsche und italienische Unterstützung nicht hätte gewinnen können.

Auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Heinz Trettner, hatte als Staffelführer der »Legion Condor« fungiert. Trettner hielt Hitler noch nach 1945 zugute, »die Gefahr des Bolschewismus schon richtig eingeschätzt« zu haben...

## Antifaschismus in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung der Interbrigaden lud die VVN-BdA Brandenburg am 8. Oktober zu einer antifaschistischen Konferenz im Potsdamer Treffpunkt Freizeit ein. In mehreren Workshops wurde über geschichtspolitische Auseinandersetzungen, aber auch über Neofaschismus heute und den Kampf dagegen diskutiert.

### Workshop „Gedenkpolitik in Osteuropa“

In vielen Staaten Mittelosteuropas wird das Erinnern an die stalinistischen Repressionen gegen das Erinnern an den Holocaust ausgespielt, um die ideologischen Vorgänger heutiger nationalistischer Parteien und Bewegungen, die als Kollaborateure Anteil an den deutschen Verbrechen hatten, zu entlasten. Über europäische Gremien beeinflusst diese Politik auch den Umgang mit Gedenkstätten in Deutschland.

### „Klänge des Verschweigens“

Der Potsdamer Filmemacher und Professor an der HFF »Konrad Wolf«, Klaus Stanjek, stellte sein Projekt »Klänge des Verschweigens« (<http://www.klaenge-des-verschweigens.de>) vor. Im Mittelpunkt des Projektes steht die Biographie des Sängers und Pianisten Wilhelm Heckmann. Seine bisexuelle Orientierung wurde ihm in der Zeit der verschärften Homos-



Aus Anlass des 75. Gründungstages der Internationalen Brigaden gegen den Faschismus in Spanien ehrten rund 40 BürgerInnen am 9. Oktober 2011 die Spanienkämpfer am Gedenkstein vor dem Treffpunkt Freizeit.

exuellenverfolgung (1936 + 1937) zum Verhängnis. Nach Denunziation und Verhaftung wurde er 1937 ins KZ - Dachau deportiert, später von da ins KZ Mauthausen. Vermutlich hat ihm seine besondere Musikalität sein Leben gerettet. Als Musiker eines Lagertrios und späterer Mitwirkender des Gefangenenorchesters wurde er als »Funktionshäftling« behandelt und hat »leichtere« Aufgaben übertragen bekommen.

### „Rechte Strömungen und Neofaschismus in Russland“

Den Schwerpunkt dieses Works-

shops bildete das Phänomen des russischen Neofaschismus. Dieser wurde anhand einiger aktuell bedeutender bzw. bekannter rechtsextremer Organisationen und deren Versuchen beleuchtet, sich in der Gesellschaft zu verankern, sowie am Beispiel der Gewalt durch Neonazi-Skin-Gruppierungen, der jedes Jahr viele MigrantInnen und Alternative zum Opfer fallen. Mehr dazu: [www.siempre-antifa.tk](http://www.siempre-antifa.tk)

### „Neonazismus in Brandenburg“

Der Leiter dieser Veranstaltung, Dr. Christoph Kopke, forscht seit

mehreren Jahren zu Neonazismus im Land Brandenburg und ist u.a. Mitherausgeber des Buches »Rechtsextremismus in Brandenburg«. Er ist derzeit freier Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam ([www.mmz-potsdam.de](http://www.mmz-potsdam.de)).

### Podiumsdiskussion „Zukunft der Gedenkstätten in Brandenburg“

In den letzten 20 Jahren sind die Neben- und Außenlager von Ravensbrück und Sachsenhausen mit erhöhter Aufmerksamkeit bedacht worden. Kompetente Gesprächspartner waren u. a. Adam König, Überlebender der KZ Auschwitz und Klinkerwerk, sowie eine Vertreterin der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark, Herta Venter. Sie forscht zum NS-Frauenzuchthaus Cottbus.

### Ausstellungen und Konzert

Während der Konferenz wurden im Treffpunkt Freizeit die Ausstellungen »Umkämpfte Vergangenheit« zur spanischen Geschichtspolitik von der gleichnamigen Initiative gegen Neofaschismus in Deutschland und vom Bundesverband der VVN-BdA die Ausstellung »Frauen im Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft. Das Frauenzuchthaus Cottbus 1939–1945« gezeigt.

Anschließend gab Atze Wellblech ein Konzert unter dem Motto »Straßenmusik trifft Kneipenjazz, sorbischer Befreiungspunk und Chanson«.

27. November 1910

Walter Junker wurde am 27. November 1910 in Berlin-Wannsee als viertes Kind einer Arbeiterfamilie geboren. Seit dem Jahr 1928 war er Mitglied im Kommunistischen Jugendverband und dessen Vorsitzender in der Ortsgruppe Nowawes (Teil vom heutigen Babelsberg). Der Werkzeugmacher war ab 1931 Politischer Leiter der KPD in Nowawes und leitete ab dem Jahr 1932 die Herausgabe der illegal vertriebenen Zeitung »Junger Pionier«.

Im März 1933 wurde er kurzzeitig verhaftet und emigrierte im Mai desselben Jahres nach Prag. Kurzzeitig lebte er auch in der Schweiz. Im Jahr 1938 ging Walter Junker nach Spanien und wurde Soldat der XI. Internationalen Brigade. Er wurde MG-Führer einer Maschinengewehrkompanie im Bataillon »12. Februar«. Am 28. 07. 1938 fiel er in der Nähe der Stadt Gandessa bei Corbera d'Ebre (Foto), an der Ebro-Front.

In der DDR wurden eine Straße und ein Klubhaus nach ihm benannt, außer-

## Walter Junker geboren

dem wurde im Jahr 1976 ein Denkmal am Bahnhof Griebnitzsee errichtet. Die Stele wurde von Walter Bullert gestaltet. Hierauf befanden sich ein Relief sowie eine Tafel mit dem Text: Wir gedenken dem großen Vorbild Walter Junker, führendes Mitglied der Nowaweser Arbeiterbewegung, Antifaschist,

Internationalist und Spanienkämpfer. Geboren am 27.11.1910, gefallen am 28.07.1938 bei Gandessa/Spanien.

Bis zum Fall der Mauer im November 1989 war der Stein nicht der Öffentlichkeit zugänglich, da er sich im Sperrgebiet der DDR-Grenze zu Westberlin befand. 1992 wurde die Stele von der

Deutschen Bahn AG als neuem Eigentümer des Bahnhofplatzes beseitigt. Die Stele wurde dem Potsdam-Museum übereignet, wo sie sich heute in einem Magazin befindet. Der für die Stele errichtete Sockel wird seitdem für eine Hinweistafel auf den Regional-Bahnhof genutzt.





## Sanierung im Potsdamer Klinikum abgeschlossen

Brandenburgs Gesundheitsministerin Anita Tack (LINKE) konnte sich am 11. Oktober im Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann vom erfolgreichen Abschluss der Sanierung eines Bettenhauses überzeugen (Foto). „Die rund 10 Millionen Euro, die wir hier aus dem Konjunkturpaket II eingesetzt haben, sind gut angelegt und im wahrsten Sinne des Wortes eine Zukunftsinvestition. Sie kommt vor allem den Patientinnen und Patienten sowie dem Personal zu gute. Aber auch der Klinikträger und die Stadt Potsdam können sich mit dieser modernen leistungsfähigen Einrichtung sehen lassen“, so Tack.

Die Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH ist als Betreiber des zweitgrößten Krankenhauses im Land Brandenburg mit rund 2.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in der Re-

gion. Der aktuelle Krankenhausplan des Landes sieht für das Schwerpunktkrankenhaus 1.020 vollstationäre Betten vor sowie 53 Plätze im tagesklinischen Angebot. Im Jahr 2010 verzeichnete das Klinikum rund 43.000 Behandlungsfälle. Mit Ausnahme der Transplantations- und Herzchirurgie hält das Klinikum alle Fachdisziplinen im stationären Bereich vor. Das tages-

klinische Angebot des Klinikums umfasst die Fachgebiete Hämatologie/Onkologie und Psychiatrie. Außerdem bietet die Medizinische Schule des Klinikums 420 Ausbildungsplätze in verschiedenen Berufen an. Außer den rund 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm hat das Klinikum Ernst von Bergmann seit dem Jahr 1991 für Investitionsmaßnahmen aus

der Krankenhauseinzelförderung insgesamt 102 Millionen Euro erhalten sowie annähernd 74 Millionen Euro an pauschalen Fördermitteln für moderne Medizin- und Labortechnik sowie für die Wiederbeschaffung von Einrichtungsgegenständen. Tack zog eine positive Bilanz zum Einsatz der Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II. Die Landesregierung hat 25 Millionen Euro des im Jahr 2009 aufgelegten Bundesprogramms für Investitionen im Krankenhausbereich eingesetzt. Vier Krankenhausstandorte im Land profitierten davon: Neben dem Klinikum Ernst von Bergmann auch die Krankenschule des Klinikums Dahme-Spreewald am Standort Lübben, das Klinikum Niederlausitz am Standort in Lauchhammer und die Ruppiner Kliniken. Alle vier Bauvorhaben wurden abgeschlossen.



## Psychische Störungen ernst nehmen

Mehr Aufmerksamkeit und Toleranz im Umgang mit Menschen, die psychische Probleme haben, forderte Gesundheitsministerin Anita Tack (Linke) am „Internationalen Tag der Seelischen Gesundheit“ (10. Oktober). „Ängste und Depressionen sind keine Schande, sondern verbreitete psychische Störungen. Betroffene Menschen und ihre Angehörige dürfen nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Sie brauchen Verständnis und Hilfen“, sagte Tack.

Statistisch gesehen erkrankt jede zweite Frau und jeder dritte Mann im Laufe des Lebens an einer psy-

chischen Störung. Vielfach liegen die Ursachen für psychische Erkrankungen in gesellschaftlichen Veränderungen, erhöhtem Leistungsdruck, Sorge um den Arbeitsplatz und anderen existenziellen Unsicherheiten. Tack verweist darauf, dass es vielen Betroffenen schwer fällt, sich einzugestehen, dass sie an einer psychischen Störung leiden. Und oft werden aus Scham Betreuungsangebote und gezielte Hilfen zu spät oder gar nicht in Anspruch genommen. „Das ist umso bedauerlicher, als heute in vielen Fällen durch effektive Therapien geholfen

werden kann“, so die Ministerin. Ein erster Anlaufpunkt sollte der Hausarzt sein. Doch stehen auch anonyme Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung. Für ein persönliches oder telefonisches Gespräch, unter Wahrung der Anonymität und in jedem Fall kostenlos stehen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten die sozialpsychiatrischen Dienste der Gesundheitsämter und die Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke zur Verfügung. Psychische Erkrankungen zählen in den Ländern der EU zu den Hauptursachen für Frühverrentung und ver-

minderte Erwerbsfähigkeit. Nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krankheiten des Verdauungssystems sind psychische und Verhaltensstörungen die Krankheitsgruppe mit den dritthöchsten volkswirtschaftlichen Kosten in Deutschland. Insbesondere Depressionen und Ängste weisen in den Gesundheitsstatistiken eine ansteigende Tendenz auf. Ein Verzeichnis dieser Beratungsstellen und weitere Hilfsangebote enthält der auf der Internetseite des Gesundheitsministeriums eingestellte „Wegweiser Psychiatrie“.

## Unabhängiger Rat zu Patientenrechten

### Unabhängige Patientenberatung Deutschlands beantwortet kostenlos viele Patientenfragen

**Tipp 1: Kosten für die Fahrt zur ambulanten Behandlung** müssen Patienten in der Regel selbst übernehmen. Sie werden von den Krankenkassen nur in Ausnahmefällen übernommen: Bei Fahrten zur Dialyse, zur onkologischen Chemo- oder Strahlentherapie, für Versicherte in Pflegestufe 2 oder 3 sowie für Schwerbehinderte mit den Merkzeichen „aG“ (außergewöhnliche Gehbehinderung), „Bl“ (blind) oder „H“ (hilflos) im Ausweis. Die Kostenübernahme muss man vorher bei der Krankenkasse beantragen und ohne Zuzahlungsbefreiung einen Eigenanteil von 10 Euro pro Fahrt leisten.

**Tipp 2: Ob sich ein Existenzgründer privat oder gesetzlich krankenversichert,** sollte er mit Blick auf seine persönlichen Bedingungen und die

Familienentwicklung durchrechnen. In der privaten Krankenkasse sind die Beiträge von Alter und Gesundheitszustand abhängig, in der gesetzlichen von der Höhe des Einkommens. Für jüngere Versicherte mit hohem Einkommen können die Beiträge in der privaten Krankenversicherung günstiger sein, für ältere Versicherte mit geringer Rente oder niedrigem Einkommen dagegen höher. Nur in der gesetzlichen Krankenversicherung sind Ehegatten und Kinder beitragsfrei mitversichert. Private Policen können Leistungsvorteile bieten, die gesetzlich Versicherte zusätzlich privat versichern können.

**Tipp 3: Wenn der Arzt zum Quartalsende nicht mehr auf Kassenkosten verschreibt,** sollten Patienten hartnäckig bleiben, da der Arzt erforderliche Me-

dikamente oder Heilmittel auf Kassenrezept verschreiben muss. Wenn anstelle der Kassenleistung für notwendige Leistungen ein sogenanntes „grünes Rezept“ (Privatrezept) ausgestellt wird, kann der Versicherte bei der Kasse nachfragen, ob sie ihn bei der Durchsetzung seiner Ansprüche unterstützt.

**Tipp 4: Beiträge für Privatversicherte Hartz-IV-Empfänger** übernehmen nach einem Urteil des Bundessozialgerichts vom Januar 2011 in voller Höhe die Jobcenter. Damit unterstrich das Gericht den Anspruch auf Sicherung des Existenzminimums, zu dem auch ein umfassender Krankenversicherungsschutz zählt. Privatversicherte Hartz-IV-Empfänger sollten gegen anderslautende aktuelle Bescheide vom Jobcenter

unverzüglich Widerspruch einlegen und die Überprüfung der vorausgegangenen Bescheide beantragen. Begründete Rückforderungen können höchstens vier Jahre geltend gemacht werden.

Fragen zu diesen und anderen Themen rund um das Patientenrecht beantworten die Beraterinnen und Berater der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD):

- **Regionale Beratungsstelle** Potsdam, Babelsberger Str. 16, 14473 Potsdam, Mo/Mi 14-18 Uhr, Di/Do 10-14 Uhr
- **Beratungstelefon** 0800/0 11 77 22 Mo-Fr 10-18 Uhr (kostenfrei aus dem Festnetz, mobil abweichend)

Mehr unter: [www.upd-online.de](http://www.upd-online.de) (Quelle: Verbraucherzentrale)

## Informationen zur Pflege aus einer Hand

Alles Wichtige rund um die Pflege erfahren Pflegebedürftige und deren Angehörige „aus einer Hand“ im Pflegestützpunkt Potsdam. Die Beratungsstelle hilft mit kostenlosem Rat nach den Grundsätzen „ambulant vor stationär“ und „Rehabilitation vor Pflege“, um Betroffene schnell und umfassend dabei zu unterstützen, möglichst lange selbstständig in der eigenen Wohnung leben zu können.

### Kontakt:

Pflegestützpunkt Landeshauptstadt Potsdam  
Jägerallee 2 (Haus 2)  
14467 Potsdam

Telefon 03 31 / 2 89 22 10  
(Pflegeberatung)

Telefon 03 31 / 2 89 22 11 (Sozialberatung)

[potsdam@pflgestuetzpunkte-brandenburg.de](mailto:potsdam@pflgestuetzpunkte-brandenburg.de)

### Öffnungszeiten

Montag 10:00 - 12:00 Uhr  
Dienstag 13:00 - 18:00 Uhr  
Mittwoch 09:00 - 12:00 Uhr  
Donnerstag 14:00 - 18:00 Uhr  
Freitag 09:00 - 12:00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung  
(Quelle: [www.pflgestuetzpunkte-brandenburg.de](http://www.pflgestuetzpunkte-brandenburg.de))



## Sudoku

		6	2		4	8		
1			9		3			7
	3						1	
	1	7				3	9	
6		8				5		2
	2	3				1	4	
	4							6
2			5		9			4
		9	1		7	2		

## Auflösung Oktober

7	9	4	8	1	2	5	6	3
2	5	8	7	6	3	1	9	4
3	6	1	9	4	5	2	7	8
5	3	2	4	9	8	6	1	7
6	4	7	2	3	1	8	5	9
1	8	9	5	7	6	4	3	2
9	1	5	3	8	4	7	2	6
8	7	6	1	2	9	3	4	5
4	2	3	6	5	7	9	8	1

## Männerchor sucht Nachwuchs-Sänger

Der Chor wurde im Jahr 1848 gegründet und kann auf eine sehr wechselvolle Geschichte zurückblicken. Seit Jahrzehnten ist der Potsdamer Männerchor aus der Potsdamer Kulturszene nicht mehr wegzudenken und genießt Gunst und Ansehen unter seinen vielen Anhängern und Sympathisanten.

Kapellmeister und Dirigent Ronald Reuter ist Chorleiter seit 1968 und hat den Chor in seiner langjährigen Tätigkeit zu einem leistungsorientierten Klangkörper geformt. Am 16.05.1998 wurde dem Chor für besondere Verdienste um die Pflege der Chormusik und des deutschen Volksliedes die Zelter-

Plakette verliehen. Das Repertoire reicht vom Volkslied über das Liedgut klassischer und zeitgenössischer Komponisten bis hin zu Evergreens und andere unterhaltensame Chorliteratur. Geistliche Musik gehört selbstverständlich auch dazu.

Auf allen Chorreisen innerhalb

und außerhalb Deutschlands erfreuen die Sänger gern viele Zuhörer mit öffentlichen Auftritten. Die Übungsstunden des PMC finden jeden Montag von 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr im Probenraum des neuen Nikolaissaales in der Wilhelm-Staab-Str. 11 statt. Ein großes Anliegen ist die Gewinnung neuer, möglichst junger Sänger. Darum gilt die herzliche Einladung allen interessierten und sangesfreudigen Männern.

„Wir freuen uns über jeden, der den Weg zu uns findet“, so steht auf der Homepage des Chores.

Am Sonnabend, 17. Dezember 2011, sind die Sänger übrigens um 15.00 und um 18.30 Uhr beim traditionellen Weihnachtskonzert des PMC zu hören. Mitwirkende: Das Landespolizeiorchester Brandenburg, Leitung Jürgen Bludowski, der Chor der Evangelischen Grundschule Potsdam, Leitung Holger Utaptal. Durch das Programm führt Robert Hebestreit.



## Einbrecher halten keinen Winterschlaf!

Erfahrungsgemäß ist in der „dunklen“ Jahreszeit verstärkt mit Einbrüchen in Wochenendhäuser und Lauben zu rechnen. Hauptangriffsrichtung sind dabei Türen und Fenster an den schwer zu sichernden Lauben und dazugehörigen Geräteschuppen. Es wird in der Regel aufgehebelt oder auf andere Art und Weise mit brachialer Gewalt eingebrochen. Überwiegend wird nach Wertgegenständen gesucht, welche zumeist in Form für Fernseh- und Radiotechnik oder auch als Werkzeug jeder Art gefunden werden. Bei

Beachtung der nachfolgenden Hinweise können Sie die Wahrscheinlichkeit mindern, Opfer eines Einbruchs zu werden.

### Schützen Sie Ihre Laube gegen Einbruch!

Unsere Tipps: Machen Sie Ihr Wochenendhaus oder Laube „winterfest“! Entfernen Sie alles was Ihnen lieb und teuer ist! Lassen Sie nichts zurück, bei dem Sie der Verlust schmerzen würde.

Nutzen Sie bei massiver Bauweise des Objektes alle denkbaren

Sicherungsmöglichkeiten, wie Mehrfachverriegelung der Tür, Fenstergitter, aufhebelsichere Fensterläden usw.!

Die mechanische Sicherung von Lauben und Wochenendhäusern sollte einfachem Einbruchswerkzeug hinreichenden Widerstand leisten, aber in einem angemessenen Verhältnis zur Stabilität des gesamten Gebäudes stehen.

Gewähren Sie Einblickmöglichkeiten durch Öffnen der Vorhänge und Gardinen – freier Blick in leeren Raum!

Entfernen Sie Aufstieghilfen wie Leitern, Mülltonnen oder Kisten aus dem Gartenbereich oder schließen Sie sie an oder weg!

Unterbrechen Sie die Wasser- und Stromzufuhr zum Objekt!

Statten Sie auch im Winter ab und zu Ihrem Wochenendhaus oder Ihrer Gartenlaube einen Besuch ab. Achten Sie dabei auf ungewöhnliche Veränderungen (offene Fenster, Türen, fremde Personen). Auch Ihr Grundstücksnachbar ist für einen Kontrollblick über den eigenen Gartenzaun hinweg dankbar!

Informieren Sie die Polizei über ungewöhnliche Feststellungen zu Fahrzeugen und Personen. Handeln Sie aber nicht eigenmächtig!

Hinweis zum Verhalten nach einem Einbruch: Sofort die Polizei verständigen! Objekt nicht betreten, keine Veränderungen vornehmen! Nicht selbständig auf „Spurensuche“ gehen – überlassen Sie das der Polizei!

Nutzen Sie auch die Möglichkeit einer kostenlosen sicherheitstechnischen Beratung durch die Polizei!

## tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

**Donnerstag, 03.11.2011:** Regionalkonferenz der LINKEN BB für die Kreisverbände TF, PM, HVL, BRB & P – Minister und Fraktionsführung der LINKEN Brandenburg stellen sich der Basis und stehen Rede und Antwort. Zu Gast werden sein: Dr. Helmuth Markov (Finanzminister und stellv. Ministerpräsident), Ralf Christoffers (Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten), Stefan Ludwig (stellv. Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag)

**Donnerstag, 03.11.2011:** Stammtisch Ortsverband DIE LINKE.Potsdam-Mitte im Cafe Staudenhof.

**Sonntag, 06.11.2011, 10.00 Uhr:** Frühschoppen „Rathausreport live“.

**Montag, 07.11.2011, 18.00 Uhr:** Energiepolitisches Gespräch der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Zimmer 306.

**Montag, 07.11.2011, 14.30 Uhr:** „Sizilien – Kreuzweg der Völker und Kulturen“. Sizilien wurde von Phöniziern, Griechen, Römern, Byzantinern, Muselmanen, Normannen, Hohenstaufnern und Bourbonen beherrscht. Sie alle prägten das Ge-

sicht dieser Insel. Bilder einer beeindruckenden Landschaft und vom Ätna vervollständigen unsere Bilderreise. Ein Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller.\*

**Dienstag, 08.11.2011, 14.30 Uhr:** „Spiel mir eine alte Melodie ...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen. Teil 10: Die späten Sechziger. Mit Gerald Meister.\*

**Mittwoch, 09.11.2011:** Podiumsdiskussion zu Ladenöffnungszeiten.\*\*

**Mittwoch, 09.11.2011, 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise.\*

**Donnerstag, 10.11.2011:** Regieren uns die Banken? Finanzpolitische Gespräche in der Brandenburgischen Landeszentrale für Politische Bildung. Eine Kooperationsveranstaltung mit dem Ministerium für Finanzen des Landes Brandenburg.

**Freitag, 11.11.2011, ab 14.30 Uhr:** Infostände in den Stadtteilen

**Sonabend, 12.11.2011, ab 10.00 Uhr:** Infostände in den Stadtteilen.

**Montag, 14.11.2011, 14.30 Uhr:** „Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil VII – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“. Eine weitere Folge der heiter-nachdenklichen Geschichten aus unserer Stadt.\*

**Sonabend, 19.11.2011:** Gesamtmitgliederversammlung des OV Stern-Kirchsteigfeld-Drewitz zum Thema „Der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE hat ein Programm verabschiedet“. Ort: Bürgerhaus „SternZeichen“, Galileistraße.

**Montag, 21.11.2011, 14.30 Uhr:** „Eine Reise auf der Schiene, in der Luft und auf dem Wasser“ mit Herrn Karl Kreuz auf Kreuzfahrt per Schiene, Luft und Schiff. Als erstes besuchen wir die Schlösser der Loire und fliegen dann nach Cannes und Monaco. Anschließend ankommen wir im Schatten der Felsen von Gibraltar, bevor wir uns auf der griechischen Insel Santorin umsehen.\*

**Dienstag, 22.11.2011, 14.30 Uhr:** Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost.\*

**Mittwoch, 23.11.2011, 13.30 Uhr:** „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise.\*

**Donnerstag, 24.11.2011:** Mitgliederversammlung des OV DIE LINKE.Potsdam-Mitte mit anschließender Weihnachtsfeier.

**Freitag, 25.11.2011, 19.00 Uhr:** Carmen Ruth Reichenberg „Carmen spielt Carmen“ – Kabarett im Bürgerhaus „Stern\*Zeichen“, Galileistraße 37-39 Tel.0331-6006761

**Sonabend, 26.11.2011, 14.00 Uhr:** Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen“ - ein Livekonzert mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci“. Lassen Sie sich mit festlicher Klassik u. a. von W. A.

Mozart, Ludwig van Beethoven, Carl Maria von Weber, Friedemann Bach, Georg Friedrich Händel oder von Manfred Rosenberg auf die Adventszeit einstimmen.\*

**Montag, 28.11.2011, 14.30 Uhr:** „Eine Reise durch Andalusien“ - zwei fotografische Reisen mit Dr. Stephan Wörseck. Start und Ziel war die Hafenstadt Malaga. Eine Tour führte östlich um den Gebirgszug „Sierra Nevada“ und die zweite Tour in den westlichen Teil Andalusiens, in die „Bratpfanne“ Spaniens. Auf die in Andalusien tief verwurzelten Kunst der Fliesenherstellung und Fliesenmalerei trifft man auf Schritt und Tritt.\*

**Dienstag, 29.11.2011, 14.00 Uhr:** „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch so manches Lied mitsingen oder nach bekannten Walzermelodien tanzen.\*

\* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee, Zentrum-Ost

\*\* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53